

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Gegen „kalte Enteignung“ der Saarländerinnen und Saarländer mit Öl- oder Gasheizung - Für eine Wärmewende, die wirkt und die sozial ist - Klima, Eigentümer und Mieter schützen

Der Landtag wolle beschließen:

Unsere Schöpfung bewahren ist Menschheitsaufgabe. Klima schützen heißt Mensch, Natur und Umwelt zu schützen. Zentral dabei ist auch die Wärmewende. Eine gelingende Wärmewende muss die Chancen und Potentiale der Sozialen Marktwirtschaft nutzen und damit auf Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger sowie Betriebe aufbauen.

Von den rund 41 Millionen Haushalten in Deutschland heizt nahezu jeder zweite mit Erdgas, gefolgt von Heizöl mit knapp 25 Prozent. Bei den neu installierten Heizungen betrug der Anteil von Gasheizungen im Jahr 2021 sogar 70 Prozent. Somit ist die Gasheizung immer noch mit Abstand die meistverkaufte Heizungsart in Deutschland. Im Saarland heizt der überwiegende Teil der Einwohner mit Öl, 260.000 Wohnungen sind betroffen. In keinem anderen Bundesland leben so viele Menschen im Eigentum wie hier bei uns an der Saar. Darauf sind wir stolz und das muss so bleiben!

Das von der Bundesregierung geplante Verbot der Öl- und Gasheizungen verunsichert in massiver Form und bisher unbekanntem Ausmaße die Saarländerinnen und Saarländer. Eigentümer und Betriebe fühlen sich bedroht und sind in vielen Fällen tatsächlich in ihrem Eigentum gefährdet. Viele Mieter sind zutiefst verunsichert.

Vielen droht durch das geplante Gebäudeenergiegesetz und der völlig unzureichenden Förderkulisse die kalte Enteignung. Eigene Ersparnisse, die eigenen vier Wände und damit das eigene vertraute Umfeld sind mit einem Federstrich massiv bedroht. Die rote Ampel setzt die Lebensleistung einer ganzen Generation und deren Nachkommen aufs Spiel.

Auch die durch das Bundeskabinett vorgesehenen erneuten Änderungen sind völlig unzureichend und werden, neben willkürlichen und verfassungsrechtlich

unhaltbaren Absichten, nicht geeignet sein, Bürgerinnen und Bürger sowie Betrieben ausreichend zu helfen. Die zentrale Frage ist immer noch unklar: Wenn ich eine neue Heizung brauche, was kommt auf mich zu und welche Unterstützung gibt es dafür? Wir brauchen gleiches Recht für alle Öko-Heizungen und eine verlässliche Förderung. Was die rote Ampel plant, ist ein Bürokratie-Dschungel und keine echte Unterstützung. Dies ist aber gerade für uns im Saarland so wichtig wie sonst nirgendwo in Deutschland.

Die Pläne der Ampel bedrohen daher gerade die vielen Eigentümer im Saarland. Die Hälfte der Haushalte, die im eigenen Haus leben, haben ein Finanzvermögen von maximal 30.000 Euro. Wer überhaupt so viel sparen konnte, der hat dies als Rücklage für das Alter, die Pflege, die nächste größere Anschaffung etc. angespart.

Es gehört zum Respekt vor der Lebensleistung der Saarländerinnen und Saarländer, diejenigen, die ihr Leben lang jeden Pfennig und jeden Cent zwei Mal umgedreht haben, um sich und den Kindern etwas aufzubauen, vor kalter Enteignung durch die Pläne der Ampel zu schützen. Wenn es um die Interessen des Landes und der Saarländerinnen und Saarländer geht, dann müssen wir zusammenhalten.

Wohlstand und Schutz des Klimas stehen nicht in einem Widerspruch, sondern bedingen einander und können sich gegenseitig sogar fördern. Wichtig dabei ist, die Menschen mitzunehmen, und auf das Prinzip der Marktwirtschaft, insbesondere der CO₂-Bepreisung, und der Technologieoffenheit zu setzen. Eine erfolgreiche Wärmewende kann nur gelingen, wenn die Eigentümer gemeinsam mit dem Heizungsbauer technologieoffen die vor Ort passende Heizung wählen. Im Ziel klar und auf dem Weg dahin im Wettbewerb. Es geht um fördern statt verbieten!

Der Landtag des Saarlandes stellt fest:

- Wohlstand und Klimaschutz sind kein Widerspruch, sondern bedingen einander.
- Wir setzen beim Klimaschutz auf Soziale Marktwirtschaft, Technologieoffenheit und Wettbewerb und nicht auf Planwirtschaft.
- Das Saarland muss weiter ein Land der Eigentümer bleiben. Die geplante Änderung am Gebäudeenergiegesetz, die diesen besonderen Status gefährden, lehnen wir deshalb ab.

Wir fordern die Landesregierung auf:

- eine Initiative im Bundesrat gegen die unsoziale, bürgerfeindliche und ideologiegetriebene Verbotspolitik der SPD-geführten Bundesregierung einzubringen
- eine Enteignung der saarländischen Eigenheimbesitzer durch die Hintertür zu verhindern.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.